

Stand: 25.04.2026 02:13:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10740

"Energiepreisexplosion stoppen - Tanken, Heizen und Strom wieder bezahlbar machen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10740 vom 10.03.2026
2. Beschluss des Plenums 19/10780 vom 11.03.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 11.03.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Oskar Lipp, Florian Köhler, Gerd Mannes, Andreas Jurca, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Energiepreisexplosion stoppen – Tanken, Heizen und Strom wieder bezahlbar machen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Landesebene dafür Sorge zu tragen und sich auf Bundes- und EU-Ebene für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- Temporäre Aussetzung und anschließende Abschaffung der nationalen CO₂-Abgabe (Brennstoffemissionshandelsgesetz, BEHG) auf Benzin, Diesel, Erdgas und Heizöl; kein Beitritt Deutschlands zum EU-Emissionshandelssystem für Gebäude und Verkehr (ETS 2).
- Temporäre Aussetzung und langfristiger Austritt Deutschlands aus dem EU-Emissionshandelssystem (ETS I).
- Herabsenkung der Energiesteuer auf Benzin, Diesel, Erdgas und Heizöl auf das EU-zulässige Mindestniveau.
- Senkung der Stromsteuer für Gewerbe- und Haushaltskunden auf das EU-zulässige Minimum.
- Reduzierung des Umsatzsteuersatzes für Benzin, Diesel, Erdgas, Heizöl und Strom auf den gesetzlichen Mindeststeuersatz von 7 Prozent.
- Verstärkte Beobachtung der Preisentwicklung an Tankstellen für Benzin und Diesel durch die Bundes-Kartellbehörden und Prüfung, ob es durch Ölkonzerne zu unlauteren Preissteigerungen kommt.
- Sicherstellung des Erhalts und Betriebs der strategisch bedeutsamen bayerischen Gasspeicher, insbesondere:
 - Einsatz auf Bundesebene dafür, dass der Gasspeicher Breitbrunn von der bundeseigenen Uniper SE auf den Freistaat übertragen wird.
 - Prüfung des Erwerbs oder einer maßgeblichen Beteiligung des Freistaates am Gasspeicher Wolfersberg, um Befüllung, Betrieb und strategische Einsatzbereitschaft unter staatliche Kontrolle zu stellen.
 - Einsatz auf Bundesebene für die Einführung einer strategischen Erdgasreserve.
 - Einsatz auf Bundes- und EU-Ebene für die Wiederaufnahme einer pragmatischen energiepolitischen Diplomatie nach dem Vorbild des ehemaligen bayerischen Wirtschaftsministers Otto Schedls, einschließlich direkter Verhandlungen über langfristige Erdgaslieferverträge, die der Versorgungssicherheit und den wirtschaftlichen Interessen Bayerns dienen.

Begründung:

Der eskalierte Krieg gegen den Iran verschärft die deutsche Energiekrise und treibt die Preise für Kraftstoffe, Heizenergie und Strom in Deutschland weiter in die Höhe, was die Bezahlbarkeit für Bürger und Wirtschaft zunehmend gefährdet. Diese Eskalation wirkt als Katalysator für bestehende Preissteigerungen, die jedoch strukturell auf der nationalen und europäischen Dekarbonisierungspolitik beruhen. Aufgrund von Energiepreise, Dekarbonisierung und Russland-Sanktionen sind zwischen 2019 und 2025 die Verbraucherpreise in Deutschland kumuliert um etwa 22,5 Prozent angestiegen, was zu einem erheblichen Kaufkraftverlust geführt hat: das reale Medianeinkommen pro Haushalt ist um rund 4 Prozent oder etwa 1.700 Euro gesunken. Diese Entwicklung unterstreicht die Notwendigkeit umfassender Maßnahmen zur Entlastung und Stabilisierung der Energieversorgung.

Im Bereich der Mobilität, insbesondere bei Kraftstoffen, wirkt sich der Irankonflikt indirekt aus, da Deutschland zwar nur 7 bis 9 Prozent seiner Rohölimporte aus dem Nahen Osten bezieht, aber eine Blockade der Straße von Hormus – durch die etwa 20 bis 25 Prozent des weltweit gehandelten Öls transportiert werden – das globale Angebot verknappt und den Weltmarktpreis steigert. Aktuelle Berichte zeigen, dass Tankerbewegungen in dieser Region um 91 Prozent zurückgegangen sind, was zu höheren Preisen führt. Am 6. März 2026 betrug der durchschnittliche Benzinpreis (E5) bereits 2,00 Euro pro Liter und der Dieselpreis 2,07 Euro pro Liter, was Steigerungen von 14,4 Prozent bzw. 27,5 Prozent gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2025 darstellt, parallel zu einem Anstieg des Brent-Ölpreises um 25,2 Prozent auf 87,2 USD pro Barrel. Szenarien prognostizieren bei einer zweiwöchigen Blockade Preise von 2,30 Euro/l für Benzin und 2,20 Euro/l für Diesel, bei längerer Dauer bis zu 2,60 bis 2,70 Euro/l, mit entsprechenden Inflationsauswirkungen von 2,4 bis 3,8 Prozent. Dennoch entfallen auch bei den aktuell hohen Preisen etwa 57,8 Prozent des Benzinpreises und 48,0 Prozent des Dieselpreises auf staatliche Steuern und Abgaben, einschließlich CO₂-Abgabe und Energiesteuer. Eine Abschaffung der CO₂-Abgabe, eine Senkung der Energiesteuer um 90 Prozent und eine Reduzierung der Mehrwertsteuer auf 7 Prozent könnten die Preise auf 1,28 Euro/l für Benzin und 1,51 Euro/l für Diesel senken, was eine erhebliche Entlastung darstellt. Dies unterstreicht, dass interne Politikmaßnahmen priorisiert werden müssen, um externe Schocks abzufedern.

Bei den Heizkosten, die ebenfalls von der Krise betroffen sind, haben die Gaspreise seit 2019 bis 2025 primär aufgrund Dekarbonisierungspolitik und EU-Sanktionen stark zugenommen: um 109 Prozent für Gewerbekunden, 136 Prozent für Industriekunden und 87 Prozent für Privathaushalte, ergänzt durch einen 49 Prozentigen Anstieg bei Heizöl. Der durchschnittliche Großhandelspreis für Erdgas lag im Jahr 2025 bei rund 30 bis 35 Euro/MWh und ist zuletzt auf etwa 53 Euro/MWh gestiegen, was einem Preisanstieg von rund 51 Prozent entspricht. Eine längere Blockade der Straße von Hormus könnte den europäischen Gaspreis auf 90 Euro/MWh verdreifachen, was zu prognostizierten Endpreisen von 10,63 ct/kWh für Gewerbe, 6,82 ct/kWh für Industrie und 14,50 ct/kWh für Haushalte führt. Die Gasspeicherfüllstände liegen derzeit bei nur 20 Prozent bundesweit und 16 Prozent in Bayern, verschärft durch Unterbrechungen im globalen Flüssigerdgas-Handel. Zum 06.03.2026 betrug der durchschnittliche Gaspreis für Privathaushalte 12,40 ct/kWh und der Preis für leichtes Heizöl 92,32 ct/l. Würden die geforderten Maßnahmen umgesetzt – Abschaffung der CO₂-Abgabe, Senkung der Energiesteuer auf den EU-Mindestsatz (bei Gas auf 0,055 ct/kWh) sowie Reduzierung der Umsatzsteuer auf 7 Prozent –, würde der Gaspreis für Haushalte auf etwa 9,63 ct/kWh sinken (Entlastung um rund 22 Prozent) und der Heizölpreis auf etwa 58,44 ct/l (Entlastung um rund 36 Prozent).

Im Stromsektor schließlich sind die Preise zwischen 2019 und 2025 um 29,4 Prozent für Gewerbe (28,75 Euro-Cent/kWh), 19,5 Prozent für Industrie (19,09 ct/kWh) und 37,2 Prozent für Haushalte gestiegen (auf 42,46 ct/kWh), hauptsächlich durch den Kernenergieausstieg, die CO₂-Bepreisung und die steigenden Systemkosten der volatilen Wind- und PV-Stromerzeugung. Eine Aussetzung der ETS-Bepreisung, die Senkung der Stromsteuer auf EU-Minima und die Reduzierung der Umsatzsteuer auf 7 Prozent könnte spürbare Preissenkungen von ca. 20 Prozent ermöglichen: auf 15,48 ct/kWh für Industriekunden, auf 20,94 ct/kWh für Gewerbe und auf 35,41 ct/kWh für Haushalte .

Die entfallenden Steuern und Abgaben in Höhe von insgesamt rund 63 Mrd. Euro (ohne Berücksichtigung der Einnahmen aus der Umsatzsteuer auf Energie) könnten vollständig durch Einsparungen bei den Bundesausgaben für Klima, Energiewende, Asyl und Genderpolitik kompensiert werden, wie es die AfD-Bundestagsfraktion in ihrem alternativen Haushaltsplan für 2025 mit Gesamteinsparungen von 125 Mrd. Euro dargelegt hat. Diese Maßnahmen sind nicht nur wirtschaftlich geboten, sondern auch politisch umsetzbar, um die Energiepreisexplosion zu stoppen und die Wettbewerbsfähigkeit Bayerns zu sichern.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Oskar Lipp, Florian Köhler, Gerd Mannes, Andreas Jurca, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/10740

Energiepreisexplosion stoppen – Tanken, Heizen und Strom wieder bezahlbar machen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Oskar Lipp

Abg. Martin Behringer

Abg. Steffen Vogel

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Josef Lausch

Abg. Florian von Brunn

Abg. Florian Köhler

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Energiepreisexplosion stoppen - Tanken, Heizen und Strom wieder bezahlbar machen! (Drs. 19/10740)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Oskar Lipp das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Täglich grüßt das Murmeltier. Ich glaube, es ist das dritte Mal, dass wir zum gleichen Thema sprechen. Ich werde aber noch auf das eine oder andere eingehen, zum Beispiel von Herrn von Brunn, Thema "Raubtierkapitalismus". Für Sie als Sozialisten ist der Gegner der Kapitalismus; das wissen wir ja. Die Mehrheit des Benzinpreises sind aber tatsächlich Steuern. Ich habe es ausgedrückt: Beim Liter Diesel für 1,94 Euro sind 82 Cent tatsächlich Kosten und Gewinn. Das heißt, das sind keine Steuern. Der Rest sind 65 Cent Energiesteuer, 16 Cent CO₂-Abgabe und 31 Cent obendrauf für die Märchensteuer. Wie nennt man das? Raubtierkapitalismus sagen Sie. Ich würde es einfach Sozialismus oder vielleicht auch Diebstahl nennen. Sie können selbst entscheiden, wie Sie es nennen wollen.

Dann zur Freigabe der nationalen Erdölreserven. Das hat, glaube ich, die CSU als Erstes heute in die Waagschale geworfen, beim ersten Dringlichkeitsantrag des Kollegen Vogel. Das wird auch von anderen Parteien gutgeheißen, wie ich das verstanden habe. Ich frage mich aber, ob das nicht wirklich zu kurzfristig gedacht ist, wenn man die nationalen Erdölreserven jetzt freigibt, die eigentlich wirklich für echte Krisen gedacht sind. Nach wie vor muss man sagen: Deutschland bezieht nur einen kleinen Teil des Erdöls aus dem Nahen Osten. Die Preise sind jetzt von 70 Dollar auf 90 Dollar pro Barrel nicht mehr so stark gestiegen; in der Spitze waren wir schon bei 120 Dollar.

Was ist aber, wenn es da unten wirklich einen Flächenbrand geben sollte? – Da brauchen Sie da hinten gar nicht mit dem Kopf zu schütteln.

Wollen wir jetzt wirklich mit den nationalen Erdölreserven heruntergehen, wie wir es beim Gasspeicher gemacht haben? Das können wir gerne machen. Gehen wir auf 60 Tage runter, aktuell noch 90 Tage. Gehen wir auf 60 runter, vielleicht machen wir 30, um den Preis zu stabilisieren. Das hat man zum Beispiel auch jahrelang beim Goldpreis gemacht. Die Zentralbank hat immer Gold auf den Markt geworfen. Was ist passiert? Trotzdem ist der Preis explodiert. Deutschland hat das zum Glück nicht gemacht; das haben eher die USA gemacht. Hätte man das gemacht, hätte man ein Verlustgeschäft vollzogen.

Wir sollten uns in Zukunft nicht noch mehr erpressbar machen und jetzt die nationalen Erdölreserven freigeben, sondern wir sollten die Bürger anderweitig entlasten, nämlich durch Steuersenkungen, wie ich es eben ausgeführt habe: Die ganzen CO₂-Abgaben, die Mehrwertsteuer usw. sollte man senken, um jetzt sofort eine Entlastung bei den Bürgern herbeizuführen, und nicht durch strategische Erdölreserven-Verkäufe.

Dann zum Thema Übergewinnsteuer, das hat die SPD auch angesprochen. Was kann die SPD? – Neue Steuern einführen, darin wären Sie Weltmeister, wenn es einen Preis dafür geben würde. Den gibt es aber nicht. Das ist schade für Sie.

Steuern umverteilen, was bleibt davon? – Dazu gibt es Statistiken: 50 % verschwinden in der Bürokratie, und die anderen 50 % von der Übergewinnsteuer bekämen wahrscheinlich die Lastenradfahrer, nicht die Autofahrer, denke ich.

Zum Thema Diversifizierung der Energie. Sie haben ja gesagt, wir sollten die erneuerbaren Energien ausbauen. Das kann man so sehen, muss man aber nicht. Ich sage mal: Wer daheim mal auf den Globus, also auf die Weltkarte, geschaut hat, sieht: Wir liegen sehr nördlich, im Süden vergleichbar mit Feuerland oder Südafrika, also relativ weit Richtung Polregion. Das heißt, wir müssen von Herbst bis Frühjahr heizen. Die ein, zwei Stunden, die die Sonne da am Tag effektiv scheint, reichen da nicht. Auch

wenn die Sonne sonst nicht scheint, sei es nachts oder anderweitig, reicht das nicht aus. Deswegen müssen wir auch auf die Atomkraft und die Gaskraftwerke setzen. Da erinnere ich beispielsweise nur an den SPD-Antrag morgen im Ausschuss. Der geht auch in Richtung Gaskraftwerke und Technologieoffenheit, wie ich schon in der Ausschussberatung gesehen habe. Von daher machen Sie das ja auch teilweise. Sie sind schon auf dem richtigen Weg, liebe SPD.

Dann noch zu den FREIEN WÄHLER. Da hat Herr Lausch ins gleiche Horn gestoßen: mehr erneuerbare Energien. Wissen Sie, wo die Rohstoffe herkommen, die Seltenen Erden? – Da hat China ein Quasi-Monopol mit 90 %. Das nutzen sie jetzt im Handelskrieg auch als Waffe.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Die Rohstoffe für Windkraft sind ganz viele: Neodym, Gallium, Germanium, Yttrium usw. usf. Sie würden wahrscheinlich noch nicht einmal einen davon kennen, wenn ich nicht die vier Stück aufgezählt hätte.

(Florian von Brunn (SPD): Das müssen Sie doch toll finden!)

Auf alle Fälle sind wir hier abhängig, auch bei den Solarplatten, und deswegen brauchen wir den Energiemix. Der ist auch fossil, ob es Ihnen gefällt oder nicht.

(Beifall bei der AfD)

Dann noch kurz zu unserem eigenen Antrag und warum Sie zustimmen sollten. Er ist erstens sehr gut. Wenn Sie ihn gelesen hätten, wüssten Sie das. Wir fordern die temporäre Aussetzung und die anschließende Abschaffung der nationalen CO₂-Abgabe, wie ich vorhin gesagt habe. Das sind in etwa 16 Cent je Liter Diesel. Wir fordern die Senkung der Energiesteuer auf Benzin, Diesel, Erdgas und Heizöl auf das EU-zulässige Mindestniveau. Wir wollen aber auch die Stromsteuer senken, soweit dies möglich ist, nämlich auf das zulässige EU-Minimum. Wir wollen den Umsatzsteuersatz für Benzin, Diesel und Erdgas auf 7 % reduzieren. Da hat der Bürger auch gleich mehr Geld

in der Tasche. Wir wollen auch eine strategische Erdgasreserve schaffen. Da kann man nur sagen: AfD wirkt. Die Bundesregierung hat das tatsächlich übernommen. Von daher ist das schon mal gut. Da sind wir auch auf dem richtigen Weg.

Beim Thema Erdgasspeicher hat auch die Staatsregierung jetzt gefordert, wie ich mitbekommen habe, dass die zwei strategischen Erdgasspeicher erhalten bleiben. Der eine ist ja in Breitbrunn und der andere in Wolfersberg. Das ist auch schon mal ein Schritt in die richtige Richtung. Aber leider muss man auch sagen, dass Sie schuld sind, dass die Erdgasspeicher so leer sind. Wir können von Glück reden, dass es nicht noch eine Woche kälter war; denn sonst hätten wir in dem Land jetzt ganz andere Probleme.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der Kollege Behringer hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Herr Lipp, eine Frage bzw. zwei Fragen: Haben Sie Ihren Wählern eigentlich schon mal gesagt, wo Sie die Atomkraftwerke bauen wollen? Sind die damit einverstanden, wenn sie vor ihrer Haustür zukünftig ein Atomkraftwerk haben? Sie preisen das ja immer so an.

Zum Zweiten benennen Sie ja immer den wirtschaftlichen Vorteil eines Atomkraftwerkes, ohne irgendwelche Zahlen zu sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

– Reden Sie nicht immer rein. Wenn Sie was zu sagen haben, können Sie sich ja auch melden.

Der wirtschaftliche Vorteil, von Strom usw. Wenn Sie nach England und nach Frankreich schauen, wo neue Atomkraftwerke gebaut werden, wo man zum Teil schon die drei-, vier- oder fünffachen Baukosten hat, wo der Einkaufspreis auf 6 Cent festgelegt

worden ist, mittlerweile die Gestehungskosten aber schon bei 13 Cent sind, dann können Sie mir doch nicht erzählen, dass der Strom so günstig ist. Oder wie machen Sie das? Wollen Sie das dann durch Steuergelder subventionieren? Dann ist es ja nicht günstiger, sondern dann wird es ja teurer, vor allem für den Steuerzahler.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Oskar Lipp (AfD): Geschätzter Kollege Behringer, zur ersten Frage: Standort, wohin? Wir haben das ja vorhin schon mal diskutiert. Wir brauchen hier keine 3.000 Standorte wie bei den Windkrafträdern, sondern eine Handvoll oder vielleicht zwei Hände voll. Wir haben alte Standorte, sei es Isar 2 in Niederbayern, sei es Gundremmingen. Man könnte die auch wieder hernehmen. Dafür haben wir schon die Genehmigungen. Dort sind die Bürger auch daran gewöhnt.

(Unruhe)

Dort haben wir auch eines der höchsten Wahlergebnisse, beispielsweise haben wir in Günzburg, das nicht so weit weg davon ist, 25 % bei der Landratswahl. Von daher geben uns auch die Bürger vor Ort recht.

Dann zum wirtschaftlichen Vorteil, nach dem Sie gefragt haben. Falls Sie heute den "Pressespiegel" für den Landtag gelesen haben, die Seiten 50 bis 54: Auf fünf Seiten ist es darum gegangen, dass es jetzt von Bundes- oder EU-Ebene 200 Millionen Euro Anschubfinanzierung für die kleinen modularen Reaktoren geben soll. Auch EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen setzt wieder auf Atomkraft.

(Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Die Frage ist nicht beantwortet!)

– Die Zeit hat leider nicht mehr gereicht.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Kollege Steffen Vogel für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist vollkommen klar, wir haben es vorhin schon mal deutlich gemacht, dass die hohen Spritpreise mit über 2 Euro, 2,10 Euro und mehr, natürlich eine wahnsinnige Belastung für die Bevölkerung, für den Mittelstand, für das Handwerk, für die Menschen in unserem Land sind und dass das schon Fragen aufwirft: Wie kommt man zu so einer Preisgestaltung, nachdem, wie vorhin auch schon angesprochen worden ist, ja letztlich zu einem sehr niedrigen Preis eingekauft wurde? Dann kommt es zu diesem Iran-Konflikt, und plötzlich explodieren die Preise. Das kann nichts mit dem Einkauf zu tun haben, sondern tatsächlich mit Gewinnabschöpfung und Gewinnmaximierung.

Dass wir da von staatlicher Seite alles, was wir an Möglichkeiten haben, ausschöpfen, ist vollkommen richtig. Deshalb ist es auch richtig, dass man jetzt ein verschärftes kartellrechtliches Verfahren einleitet. Warum? – Weil allein die Ankündigung ja dazu führt, dass die Mineralölkonzerne jetzt wissen: Halt! Der Staat lässt sich nicht alles gefallen. Sondern wir werden das jetzt sehr genau überprüfen und dann gegebenenfalls die entsprechenden Sanktionsmechanismen einleiten, sodass es dann überhaupt nicht zu den hohen Preisen kommt. Deshalb hat allein die Ankündigung des kartellrechtlichen Verfahrens selbstverständlich schon eine Wirkung.

Auch das Modell mit den Tankstellen, das österreichische Modell, hat natürlich eine Wirkung. Das ist doch vollkommen klar. Jetzt erlebe ich, dass die Preise am Tag drei- oder viermal rauf- und runtergehen. Wenn ich nur noch einmal am Tag die Preise erhöhen darf, muss ich mir schon überlegen, wie andere Tankstellen agieren werden. Ich stehe ja immer in einem Wettbewerb. Da gibt es Apps, da gibt es alles Mögliche, sodass einer immer schaut, wo er am günstigsten tanken kann. Insoweit kann ich dann nicht immer schauen, wie viel der Nachbar an seiner Tankstelle aufruft. Auch das führt dazu, dass die Preise eher stabil sind.

Letztlich, das Dritte: Wenn man mehr Öl in den Markt gibt, wenn mehr Menge da ist, ist doch auch klar, dass der Preis dann entsprechend sinkt. Auch deshalb ist

es richtig, die Erdölreserven abzumildern. Es wird ja nicht so sein, dass man die komplett auflöst, sondern es gibt ja eine Mindestreserve, und die Mindestreserve muss selbstverständlich erhalten bleiben. Nur das, was über der Mindestreserve eingelagert ist, wird freigegeben. Man sieht ja – das ist ja kein rein deutsches Problem –, dass andere Länder auf der Welt genau dasselbe machen, um eben mehr Öl in den Markt zu bringen und damit letztlich auch die Preise zu stabilisieren. Deshalb hat die Bundesregierung nach meiner Überzeugung die vollkommen richtigen Maßnahmen ergriffen, um jetzt schnell eine Lösung zu finden.

Die Übergewinnsteuer – ich weiß gar nicht, wie man die definieren soll. Was mache ich mit hochprofitablen Konzernen wie Apple? Erzielen die dann auch einen Übergewinn? Was ist mit den ganzen Social-Media-Konzernen, Meta usw.? Erzielen die dann auch Übergewinne?

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wann ist ein Euro ein normaler wirtschaftlicher Ertrag, wann ist er ein sogenannter Übergewinn unter Ausnutzung von Marktmacht?

(Zuruf von der SPD)

Wir haben allergrößte Zweifel, dass man das verfassungsrechtlich regeln kann. Deshalb lehnen wir eine Übergewinnsteuer auch ab. Vielleicht sollten Sie tatsächlich mal mit dem Bundesfinanzminister Klingbeil reden. Der gehört schließlich der SPD an. Offensichtlich hat die Bayern-SPD zu ihm überhaupt keinen Draht und überhaupt keinen Zugang, sonst würde man nicht auf die Bayerische Staatsregierung hoffen, um beim Bundesfinanzminister entsprechend etwas umzusetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum AfD-Antrag: Die AfD unterliegt einem entscheidenden Irrtum, nämlich zu glauben, dass eine Senkung der Mehrwertsteuer und der CO₂-Bepreisung automatisch zu günstigeren Preisen führt. Die Frage ist doch: Geben denn die Mineralölkonzerne

diese Steuersenkung dann weiter oder nicht? Das heißt, kommt es dann zu einer Absenkung? Das wurde vorhin angesprochen: Ist das Schnitzel in der Gaststätte billiger geworden? – Nein. Man hat die Gastroststeuer von 19 % auf 7 % abgesenkt, aber der Bürger merkt nicht zwangsläufig, dass das Essen um 12 % billiger wird. Das nutzt überhaupt nichts, wenn wir zum Beispiel die Mehrwertsteuer in dem Bereich von 19 % auf 7 % absenken, wenn der Marktpreis aber genau gleichbleibt.

(Zuruf von der AfD)

Als AfD müssten Sie schon mal eine Antwort geben, das gehört auch zur Wahrheit dazu. Das ist reiner Populismus und reines Wunschkonzert. Wie viele Milliarden an Steuerausfällen hat denn Ihr Antrag zur Konsequenz? – Wir haben es mal durchgerechnet: Da reden wir von 50 Milliarden oder 60 Milliarden Euro, die für den Fiskus weg sind. Wo kommt denn das Geld her? Wo spart man denn? Wo spare ich 60 Milliarden Euro ein, wenn man sagt, man killt die CO₂-Bepreisung, man killt die Energiesteuer und man senkt die Umsatzsteuer von 19 % auf 7 %? Die Antwort müssen Sie halt auch geben. Einfach nur zu fordern, sozusagen Freibierpolitik, aber nicht zu sagen, wie es finanziert wird, ist zu billig. Das ist purer, blanker Populismus.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD)

Letztlich verkennt die AfD auch die Ursache für den Energiepreisschock. Warum? – Das war nicht die Energiewende. Die Energiewende ist vor langer Zeit eingeleitet worden. Natürlich war russisches Gas der Energieträger, von dem man gesagt hat, das ist die Brückentechnologie. Grund für den Energiepreisschock ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Das ist der Grund für die hohen Energiepreise, die wir haben. Das ist Ihr russischer Freund Putin, den Sie immer verteidigen. Das ist der Grund, warum wir die hohen Energiepreise haben.

(Zurufe von der AfD)

Wenn Sie sagen, Sie wollen eine internationale Energiediplomatie nach Otto Schedl: Was wollte der denn? – Langfristige Gaslieferverträge. Geben Sie doch mal die Antwort! Mit wem wollen Sie denn die Gaslieferverträge?

(Zuruf von der AfD)

Mit wem wollen Sie die langfristigen Energie- und Gaslieferverträge? – Die Antwort kann nur sein: mit Russland. Wir machen keine Geschäfte mit Kriegstreibern. Deshalb lehnen wir den Antrag auch in diesem Punkt selbstverständlich ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Der Antrag der AfD ist reiner Populismus, ein reines Wunschkonzert,

(Widerspruch bei der AfD)

wo einfach alles aufgezählt wird: Wir schaffen alles ab, wir gehen aus internationalen Kontakten raus, wir verabschieden uns als Deutschland sozusagen vom Emissionshandel, aus dem europäisch abgestimmten System.

Wir sind Europäer mit Herz. Wir stehen zur Europäischen Union und sehen nicht die Notwendigkeit, dass wir aus der Europäischen Union und aus europäischen Verträgen aussteigen, sondern im Gegenteil: Deutschland muss als stärkstes Land in der Europäischen Union Treiber sein. Wenn wir aus dem ganzen Emissionshandel aussteigen, dann verabschieden wir uns aus der europäischen Energiepolitik. Das kann nicht im Interesse Deutschlands sein.

(Zuruf von der AfD)

Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Oskar Lipp.

Oskar Lipp (AfD): Geschätzter Kollege Herr Vogel, ich mache es relativ kurz. Erst einmal: Bei der Gastro war es nur ein Bruchteil. Das habe ich vorher aufgezeigt: Beim Dieselpreis sind mehr als die Hälfte Steuern. Ich habe es vorhin schon mal in der Grafik gezeigt. Ich kann sie Ihnen gerne übergeben lassen. Das ist vom ADAC, ohne jetzt Werbung zu machen.

Dann: Wer kontrolliert, dass das weitergegeben wird? Bei der Gastro haben wir anscheinend niemand. Aber wir haben ein sogenanntes Kartellamt, das überprüfen kann, ob hier die Steuernachlässe auch weitergegeben werden.

Zum Thema Steuerausfälle: Wir haben Zweitrundeneffekte. Sind das nicht – ich kann jetzt die Zahl nicht verifizieren – 40 Milliarden Euro? Ein Bruchteil kommt auch wieder zurück. Die Leute gehen dann wieder mehr konsumieren. Das wissen Sie. Also kommt über andere Effekte wieder mehr Geld rein. Was geben wir denn in den letzten Jahren Richtung Ukraine aus? Da spielt Geld keine Rolle. Auch beim Thema Migration spielt Geld keine Rolle. Wo ist denn die Wirtschaftswende, die Asylwende, die Sie den Wählern versprochen haben? – Davon merkt man nichts.

(Beifall bei der AfD)

Steffen Vogel (CSU): Herr Kollege Lipp, erstens zur Ukraine: Ich bin der festen Überzeugung, dass die Unterstützung der Ukraine europäische Werte gegen den Aggressor Putin verteidigt. Die Ukraine hält stand.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

Das rechtfertigt selbstverständlich, dass wir die Ukraine entsprechend unterstützen im Kampf für europäische Werte, für unser System.

(Zuruf von der AfD)

Deshalb ist jeder Euro, den die Ukraine an Unterstützung gegen den Aggressor Putin erhält, gut angelegtes Geld.

(Beifall bei der CSU und den GRÜNEN)

Zweitens. Noch mal: Sie geben keine Antwort. Sie sagen, da wird schon irgendetwas zurückkommen. Sie geben keine Antwort auf die Finanzierungsfrage. Wie sollen 40 Milliarden Euro Steuerausfälle kompensiert werden? Sparen wir dann bei Bildung, bei der inneren Sicherheit oder bei der Infrastruktur? Woher nehmen Sie das Geld für über 40 Milliarden Euro Entlastung? Wo nehmen Sie das her?

(Zuruf von der AfD)

Keine Antwort von der AfD!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Deshalb: Es ist Demokratie. Sie können jeden Antrag stellen, auch wenn er Blödsinn ist. Wir lehnen Ihren Antrag jedenfalls ab. Sie haben andere Möglichkeiten. Sie sind im Bundestag und im Europäischen Parlament vertreten.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie auf Ihre Redezeit, Herr Kollege.

Steffen Vogel (CSU): Sie können dort die entsprechenden Anträge stellen. Wir als Bayerischer Landtag lehnen Ihren Antrag jedenfalls aus tiefer Überzeugung ab.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nächster Redner: Kollege Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Aus Schaden wird man klug, aber nicht jeder. Das kann man zu diesem

Antrag sagen. Die Antwort von der AfD auf die Krise bei den fossilen Energien ist: noch mehr fossile Energien. Wenn ein Gut knapp wird wie derzeit Öl und Gas, dann liest man im AfD-Antrag, was man alles tun kann, damit man den Absatz von Öl und Gas noch einmal beschleunigt. Da kann man nur sagen: Da sind Sie einfach nicht lernfähig. Wir wären heute ganz woanders, wenn wir die Energiewende, die Sie die ganze Zeit sabotieren und von der Sie sagen, sie sei an allem schuld, nicht hätten.

(Zuruf von der AfD)

Wir hatten letztes Jahr einen Anteil von 65 % erneuerbare Energien im Strombereich. Wenn wir das alles mit Gas und Kohle machen würden, dann wären die Energiepreise deutlich höher. Wir lehnen den Antrag natürlich ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner: Kollege Josef Lausch.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieselbe Soße, nur ein anderer Geschmack von der AfD. Man könnte über diesen Antrag auf komplette Steuerentlastung durchaus nachdenken, diskutieren, wenn denn überhaupt eine Gegenfinanzierung irgendwie durchdacht vorhanden wäre. Der Kollege Vogel hat das ausgezeichnet dargestellt. Da brauche ich nicht alles zu wiederholen.

Kollege Lipp, Sie sagen, wir sind in Abhängigkeiten wegen der Seltenen Erden. Das stimmt. Aber wenn die AfD hier der Kernkraft so das Wort redet: Können Sie mir sagen, woher zum Schluss oder eigentlich dauerhaft die Uran-Treibstoffe der Kernkraftwerke kommen oder woher die in Zukunft kommen würden, wenn wir wieder in die Kernkraft einsteigen würden?

(Zuruf von der AfD)

Können Sie mir das sagen?

(Zuruf von der AfD)

Zum Schluss sind die aus Frankreich und Großbritannien importiert. Die haben aber das Uran aus Niger, Kasachstan und Nigeria importiert. Die Lagerstätten für Uran im Erzgebirge sind von Ihren russischen Freunden schon zu Zeiten der DDR ausgeschöpft worden. Andere Lagerstätten gibt es in Europa nicht. So viel zur Abhängigkeit oder Nichtabhängigkeit.

Der Antrag ist selbstverständlich abzulehnen. Ich freue mich schon auf die Zwischenbemerkung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Lausch, ich freue mich schon auf Ihre Antwort. Zum Thema der Finanzierung: Herr Aiwanger, der stellvertretende Ministerpräsident, hat gesagt: "Der Bund kann die Preissteigerung für Öl und Gas sofort durch einen Stopp der CO₂-Steuer abmildern". – Worin besteht der Unterschied zu unserer Forderung der Aussetzung der CO₂-Steuer? Des Weiteren sagt Herr Aiwanger, dies könne "teilfinanziert beispielsweise durch Verzicht auf die Kaufprämie für E-Autos" erfolgen.

Zur Frage, woher das Uran kommt: Russland befindet sich an siebter Stelle. Das macht also nur einen Bruchteil aus. Schauen Sie sich die Importzahlen einmal an: Nummer 1: Kasachstan, Nummer 2: Kanada, Nummer 3: Australien. Nummer 4: Namibia, Nummer 5: Usbekistan, Nummer 6: Niger, Nummer 7: Russland, Nummer 8: China usw. usf. Das sind die Top-8-Produzenten. Es ist Quatsch, immer etwas zu konstruieren, wenn wir eine tatsächliche Abhängigkeit von nur 10 % haben. Man ist bestens diversifiziert.

(Beifall bei der AfD)

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geschätzter Kollege, mit dem Konstruieren haben Sie durch Ihre Einlassungen zu den Seltenen Erden begonnen. Das ist diesel-

be Problematik. Nur das wollte ich klarmachen. Dadurch gewinnen wir nicht mehr Unabhängigkeit. Der Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat die zeitweise Aussetzung der CO₂-Steuer in die Diskussion eingebracht. Dahinter stehe ich auch. Der Unterschied zu Ihrer Forderung besteht darin, dass Sie die dauerhafte Aussetzung der CO₂-Steuer fordern und sich dafür aussprechen, alle Steuern ohne den geringsten Ansatz einer Gegenfinanzierung abzusetzen. Herr Kollege Vogel hat das treffend formuliert. Das ist fast schon als schäbig zu bezeichnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo! – Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist Herr Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion. Bitte.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Wir haben von der AfD wieder eine von Fake News durchtränkte Rede gehört. Sie war völlig wirr. Ich weiß gar nicht, worauf Sie hinauswollten. Das Prinzip hat Herr Vogel wunderbar dargelegt. Wenn Sie die Steuern senken, wird das Geld von den Konzernen einkassiert. Dann haben Sie nichts gewonnen, aber der Staat hat viele Milliarden Euro verloren.

Was in Ihren Reden durchklingt, ist, dass Sie uns demokratische Parteien immer nur aufs Übelste beschimpfen,

(Lachen bei der AfD)

wir seien für alles verantwortlich. Ich will an dieser Stelle drei Ereignisse nennen, die vor Kurzem passiert sind: Tim Schulz, Mitglied der AfD, werden schlimmste Nazi-Auftritte vorgeworfen.

(Zurufe von der AfD)

Sie schaffen es nicht, diesen Mann aus der Partei zu werfen. Krah und Bystron müssen sich dem Vorwurf des Landesverrats stellen.

(Zurufe von der AfD)

Zudem ist ein AfD-Kandidat in München wegen Mordes von der Wahl ausgeschlossen worden.

(Zurufe von der AfD)

Wir lassen uns von Ihnen, einer Partei, in der sich Mörder, Nazis und Landesverräter tummeln, keine Vorwürfe machen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der AfD: Jetzt reicht es aber!
– Zuruf von der AfD: Lüge!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Florian Köhler vor.

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr von Brunn, Sie haben vorhin schon den Spiegel vorgehalten bekommen. Der SPD-Bundesumweltminister Carsten Schneider antwortete Anfang März 2026 auf eine Frage des AfD-Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse –

Florian von Brunn (SPD): Hat der auch schon ein Strafverfahren am Hals?

Florian Köhler (AfD): – bezüglich der explodierenden Spritpreise sinngemäß: Dann fährt halt E-Auto. – Diese Aussage fiel inmitten der Zeit der rasant steigenden Benzinspreise und ist blanker Hohn

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

gegenüber Millionen von Pendlern, die sich teure Elektroautos schlicht nicht leisten können. Das erinnert an die Marie Antoinette zugeschriebene Aussage: "Wenn sie kein Brot haben, sollen sie doch Kuchen essen."

(Volkmar Halbleib (SPD): Ojemine!)

Herr von Brunn, meine Frage lautet: Verstehen Sie jetzt, warum bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 37 % der Arbeiter die AfD gewählt haben, aber nur 5 % die SPD? Verstehen Sie das jetzt, oder verstehen Sie es immer noch nicht?

(Beifall bei der AfD)

Florian von Brunn (SPD): Wir haben heute sehr klare Vorschläge gemacht, wie Autofahrer, die noch kein E-Auto besitzen und sich keines leisten können, entlastet werden sollen.

(Lachen bei der AfD)

Sie haben im Moment noch Erfolg mit Ihren Lügen und Ihrer Propaganda, wodurch Sie die Menschen hinters Licht führen. Aber ich glaube, die Menschen werden in absehbarer Zeit erkennen, was die AfD für eine Partei ist. Ich habe es gerade gesagt: Bei Ihnen tummeln sich Mörder, Straftäter, Nazis und Landesverräter.

(Zurufe von der AfD)

Ich glaube, dass die Menschen das erkennen werden, spätestens dann, wenn Sie bei der Amtsausübung wieder versagen. Ihr Landrat in Sonneberg scheint nichts auf die Reihe zu kriegen. Seien Sie also nicht so hochmütig. Kehren Sie erst einmal vor der eigenen Tür.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN –
Zuruf von der AfD: Der hat im Gegensatz zu Ihnen einen ausgeglichenen Haushalt! – Zurufe von der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

(Zuruf von der AfD)

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/10740 seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind alle übrigen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.